

Pressemitteilung des Migrantinnen- und Migrantenbeirats der Stadt Bamberg

Datum: 02.12.2025

Migrantinnen- und Migrantenbeirat (MiB) der Stadt Bamberg übergibt zwei zentrale Forderungen an die Stadtspitze – Haus der Kulturen und Sicherung der Antidiskriminierungsberatung

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat (MiB) der Stadt Bamberg hat heute der Stadtspitze zwei wichtige Anträge übergeben. Darin fordert der Beirat zum einen die Einrichtung eines städtischen *Hauses der Kulturen* als dauerhaft finanzierte Infrastruktur für Kultur und Begegnung, die allen Künstler*innen und Kulturschaffenden, also auch mit Migrationsgeschichte, sowie interkulturellen Vereinen Raum für Arbeit und Kooperation bietet. Zum anderen verlangt der MiB die Sicherstellung der Weiterfinanzierung der Antidiskriminierungsberatung in Bamberg, deren Fortbestand nach dem Wegfall der Bundesmittel akut gefährdet ist.

1. Haus der Kulturen: Dauerhafte Räume für kulturelle Teilhabe und Vielfalt

In seinem Antrag weist der MiB auf ein strukturelles Problem hin, das migrantische Künstler*innen und Vereine seit Jahren betrifft: das Fehlen geeigneter, bezahlbarer und verlässlicher Räume für kulturelle Arbeit, Produktion, Begegnung und Präsentation.

„Bamberg braucht endlich eine verlässliche Infrastruktur, die kulturelle Vielfalt sichtbar macht und fördert. Ein Haus der Kulturen wäre ein zukunftsweisender Schritt für eine Stadt, die von Diversität lebt“, betonen Dr. Marco Depietri und Mitra Sharifi, die Vorsitzenden des MiB.

Sie unterstreichen: **„Wir haben in Bamberg viele kreative Menschen mit internationalen Biografien, aber zu wenige Orte, an denen sie ihre Arbeit entwickeln und zeigen können. Dieses Potenzial darf die Stadt nicht länger verschenken.“**

Ein Haus der Kulturen könne – je nach Standort – zur Belebung der Innenstadt beitragen oder gezielt einen sozial benachteiligten Stadtteil stärken. Der MiB signalisiert volle Bereitschaft, sein Netzwerk und seine Expertise in die Konzeptentwicklung einzubringen.

2. Weiterfinanzierung der Antidiskriminierungsberatung: Schutz für Betroffene sichern

Der zweite Antrag des MiB bezieht sich auf die Zukunft der Antidiskriminierungsberatung, die bislang durch das Bundesprojekt „Respekt-Land / FiO – Füreinander in Oberfranken“ ermöglicht wurde. Ab Januar 2026 droht die

Schließung, sollte die Stadt Bamberg keine eigene Finanzierung bereitstellen. Der MiB warnt davor, dass damit ein zentrales Schutz- und Beratungsangebot für Menschen wegfallen würde, die Diskriminierung in Alltag, Arbeit, Bildung, Gesundheit oder auf dem Wohnungsmarkt erleben.

„Eine demokratische Stadtgesellschaft braucht eine starke, unabhängige Antidiskriminierungsberatung. Ohne dieses Angebot verlieren wir ein wichtiges Frühwarnsystem für strukturelle Probleme und lassen Betroffene alleine“, erklären die Vorsitzenden.

Auch die Sprecherin des Ausschusses für Antirassismus, Antidiskriminierung und Gleichstellung betont: **„Diskriminierung ist kein Randphänomen, sondern betrifft viele Menschen - aufgrund ihrer Herkunft, Sprache, Religion, Behinderung, ihres Alters, Geschlechts oder ihrer sozialen Lage. Eine Stadt wie Bamberg darf hier nicht wegschauen.“**

FiO habe in den vergangenen Jahren niedrigschwellige Unterstützung geboten, Betroffene gestärkt und Institutionen sensibilisiert. Der Wegfall der Beratung würde einen erheblichen Rückschritt darstellen.

Der MiB erwartet ein klares Signal der Stadt

„Wir senden heute zwei starke und konstruktive Signale an die Stadtspitze: Bamberg muss kulturelle Vielfalt ermöglichen - und Diskriminierung entschieden entgegentreten. Beides sind Grundlagen für ein demokratisches, gerechtes und lebenswertes Bamberg“, so Sharifi und Depietri gemeinsam.

Der MiB fordert die Stadt auf, ihren Handlungsspielraum zu nutzen, Gespräche aufzunehmen und Konzepte für dauerhafte Strukturen auf den Weg zu bringen.